

Kulturbericht

Wie im Februarhefte der Kulturbericht über die Herbstmonate, so will nun auch der Bericht über die Wintermonate kein vollständiges Bild des Kulturlebens entwerfen — dann wäre ja jedesmal vieles zu wiederholen —, sondern es handelt sich um charakterisierende Hinweise auf Tatsachen, die gerade in diesem Vierteljahr eine irgendwie bedeutsame Strömung allgemein sichtbar machen.

I.

Die Dezemberrachrichten des römischen Generalsekretariates der Jesuitenmissionen geben zur Kennzeichnung der unter den Führern des neuen Chinas weit verbreiteten Abneigung gegen die Religion eine Rede wieder, die der Dekan der literarischen Fakultät an der chinesischen Staatsuniversität von Tschekiang gehalten hat. Von den gebildeten Chinesen, heißt es da, seien die zahlreichen christlichen Missionschulen stets nur des Unterrichts wegen geschätzt worden. In den Bedingungen, an die jetzt von der Regierung die weitere Genehmigung geknüpft werde, dürfe man nicht Undank oder gar Verfolgung sehen. „Wir sind für den erhaltenen Unterricht dankbar; aber da wir zugleich vollkommen religionslos sind, wollen wir in den Schulen keine Vermengung von Religion und Erziehung. Wir wünschen nicht, daß die Schulen zu einem Werbemittel für die Religion gemacht werden.... Wir wissen sehr gut, daß in den Augen der Missionare die Erziehung Nebensache und das Werben für die Religion Hauptsache ist.... Was werden also die Missionen angesichts der neuen gesetzlichen Regelung tun? Werden sie infolge des Verbotes religiöser Beeinflussung ihre Schulen schließen, oder werden sie uns die Schulen aus Menschenliebe schenken? Das wäre schön und würde uns freuen, während die Schließung bewiese, daß sie nur ihren eigenen Vorteil gesucht haben.“ Im ganzen werde China vom Abendlande bloß das übernehmen, „was praktisch ist, wenig Philosophie und keinerlei Religion“.

Der „Deutsche Freidenkerverband“ erweist sich durch den Bericht über das 25. Jahr seiner Tätigkeit als den stärksten „Freidenkerverband“ der Welt. Er zählt rund 600 000 Mitglieder, verlor im Jahre 1930 fast 58 000 und gewann ungefähr 43 000.

Den heißeren Atem der bolschewistischen Religionsverfolgung spürt man aus den Aufklärungen, die der Abreißkalender des russischen Staatsverlages am 21. Februar 1931 Arbeitern und Bauern gibt. Aus der Sagung des „Verbandes kämpfender Atheisten“ wird wörtlich mitgeteilt, diese „freie und öffentliche Proletariervereinigung“ habe sich die Aufgabe gestellt, „die breiten Arbeitermassen der Sowjetunion zu tätigem, systematischem und folgerichtigem Kampfe gegen die Religion in allen ihren Gestalten und Formen zusammenzuschließen“. Mit 14 Jahren kann man dem Verbands vollberechtigt angehören. Kinder von 8 bis 14 Jahren sind als Mitglieder ohne entscheidende Stimme willkommen und bilden die besondere Gruppe der „Jungen Atheisten“. Die Organisationsarbeit beginnt mit der Bildung von sog. Zellen in der Fabrik, in der ländlichen Kollektivwirtschaft, in der Schule, im Heere usw., sobald sich wenigstens drei zusammenfinden, die volles Recht auf Mitgliedschaft haben. Vor Beginn der Zellengründung sind von der nächsten Bezirksstelle des Verbandes Weisungen zu erbitten, nötigenfalls auch von einer höheren Stelle. Heute zählt der im Jahre 1925 gegründete „Verband kämpfender Atheisten“ (SWB: Sojus woinstwuschtschich besboschnikow) rund 35 000 Zellen und mehr als zwei Millionen Mitglieder, von denen ungefähr die Hälfte Arbeiter und ungefähr ein Drittel Bauern aus den Kollektivwirtschaften sind. „Beinahe die Hälfte aller Mitglieder des SWB ist parteilos. Die Frauen sind im SWB noch ungenügend vertreten: auf je fünf Atheisten kommt nur eine Frau.“ — Vgl. diese Zeitschrift Februar 1931, 347—357.

Sergius, der in Moskau residierende Metropolit der russischen Staatskirche, hat um die Jahresmende durch Ukas 261 den Pariser Metropoliten Eulogius, weil er sich beharrlich weigerte, seinen Widerstand gegen den religionsfeindlichen Bolschewismus aufzugeben, von neuem für abgesetzt erklärt. Eulogius und seine Anhänger sahen diesen Ukas als rein politisch an, wandten sich um einstweilige Beilegung des Streites an den Patriarchen von Konstantinopel und hoffen nun auf endgültige Klärung durch ein freies Konzil der russischen Kirche. Sergius hat aber den Metropoliten von Litauen mit der Oberleitung der in Westeuropa für die russischen Flüchtlinge geschaffenen Bistümer beauftragt, und so ist die Spaltung zwischen den Flüchtlingskirchen, die sich schon lange in zwei Gruppen, der des Metropoliten Eulogius von Paris und der des Metropoliten Antonius von Karlowitz in Jugoslawien, unversöhnlich gegenüberstanden, noch viel schlimmer geworden. Bischof Michael d'Herbigny S. J. und der russische Priester Alexander Deubner widmen der Darlegung dieser Wirren den ganzen 41. Band der römischen Zeitschrift „*Orientalia Christiana*“ (*Evêques russes en exil. Douze ans d'épreuves, 1918—1930*). Sie kommen nach genauer Durchforschung der sehr umfangreichen Literatur, die sich um diese Frage bereits aufgehäuft hat, zu dem Ergebnisse, die kirchenrechtlich unhaltbare Lage, die besonders durch vertwerfliche Einbrüche des Laientums, der Demokratie und der Staatsgewalt in religiöses Gebiet verschuldet sei, weise gebieterisch auf den Weg, den sich fast alle Anhänger der russischen Kirche auch heute noch durch altererbte Vorurteile verlegen: den Weg nach Rom.

Dreimal ist in diesem Winter der Papst mit besonders eindringlichen Worten vor die Welt getreten. Am 24. Dezember 1930 wandte er sich in seiner Ansprache an das Kardinalskollegium mit sehr entschiedenen Worten gegen die weithin herrschende soziale Ungerechtigkeit und gegen die frevelhafte Gefährdung des Weltfriedens. Unter dem 31. Dezember 1930 erschien das große Rundschreiben „*Casti connubii*“, das die katholischen Grundsätze über die Ehe den Verirrungen der Zeit klärend und mahnend gegenüberstellte. Am 12. Februar 1931 erklang von der neuen Radiostation des Vatikans zum ersten Mal in der Geschichte die Stimme des Statthalters Christi über die ganze Erde hin und flehte mit Worten der Heiligen Schrift alle Stände der Kirche und alle Menschen außerhalb der Kirche an, Gottes zu gedenken und liebevoll die vielen Gegensätze des Lebens zu mildern. Es versteht sich von selber, daß in der katholischen Öffentlichkeit alle diese Rundgebungen mit ehrfürchtiger Dankbarkeit aufgenommen wurden. — Wie sich der Katholik einem päpstlichen Rundschreiben gegenüber äußerlich und innerlich zu verhalten hat, ist 1930 im Septemberhefte dieser Zeitschrift (417 ff.) dargelegt worden. Über die brennenden Ehefragen handeln im Januarhefte (1931) zwei Aufsätze (241—274). Der theologischen Durchforschung eröffnet das päpstliche Rundschreiben ein weites und klar abgestecktes Feld, und um die Verwirklichung der aufgestellten Ideale wird im Vertrauen auf Gottes Vorsehung trotz aller Hindernisse und Niederlagen gewissenhaft zu ringen sein. In Reichs Zeitschrift „*Der Leuchter*“ (IX 103) schreibt Eugen Diesel, „ein von den Krisen der Zeit lebhaft bewegter und geistvoller Ingenieur“ habe neulich gesagt, „man müsse mit einem Zeitraum von etwa dreihundert Jahren rechnen, ehe die Menschheit den neuen technischen Zustand einer wahren Kultur entgegengeführt habe“. Die Erhebung des menschlichen Geschlechtslebens zu wahrer Kultur ist ohne Zweifel viel schwieriger; aber die Geschichte zeigt, daß die katholische Kirche sich auch hier als die stärkste geistige Macht bewährt hat, die wir kennen.

Daß Nichtkatholiken unbeschadet mancher und oft recht scharfer Kritik die gewaltige Tragweite der päpstlichen Rundgebungen anerkannten, kam in vielen bedeutenden Zeitungen zum Ausdruck. Zur Weihnachtsansprache brachte der „*Osservatore Romano*“ (304, 31. Dezember 1930) die Äußerung des radikalen Pariser „*Quotidien*“: „Man darf ungeschweigt sagen, daß heute Pius XI. in den Falten seines weißen Gewandes

den Frieden und den Krieg trägt; denn die Menschheit wird keinen Frieden haben, wenn die Abrüstung der Gefinnungen nicht zur Wirklichkeit wird. Und welche Macht wäre besser imstande als der Heilige Stuhl, sich für diese Abrüstung nachdrücklich einzusetzen?“ — Die nicht weniger linksgerichtete Newyorker Wochenschrift „The Nation“ lehnt wichtige Teile des Rundschreibens über die Ehe durchaus ab, bekennnt aber: „Wenn die Kirche sich weigert, ihre religiösen Grundsätze nach dem Zeitgeschmack zu wandeln, so ist das bewundernswert. Ein Fels sollte standhalten, und die Kirche ist in ihren besten Augenblicken ein Fels“ (14. Januar 1931, S. 31). Der Pariser „Temps“ schrieb am 11. Januar 1931: „Bedenkt man den tiefen Ernst der Fragen, die das Rundschreiben über die Ehe vor dem Gewissen der Welt aufrollt, so sieht man schon jetzt, daß Pius XI. hier einen Markstein seiner Regierung gesetzt hat.“ In den Londoner „Times“ stand am 9. Januar 1931: „Diese Urkunde wird man wohl unter die bedeutendsten päpstlichen Rundschreiben der neueren Zeit rechnen. Sie zeigt eine große Einfachheit der Sprache und zugleich eine große Kraft des Ausdrucks.“ Eine von „katholischer Seite“ kommende Kritik in der liberalen „Kölnischen Zeitung“ (69, 4. Februar 1931) wurde mit den bezeichnenden Worten eröffnet: „Eine ernste kritische Auseinandersetzung mit der neuen Ehe-Enzyklika muß loyal mit der Feststellung beginnen, daß die grundsätzliche Seite des Eheproblems mit imponierender Geschlossenheit und bezwingender Logik entwickelt ist, und das bedeutet in einer Zeit der Grundlosigkeit und heillosen Relativierung aller Werte und Begriffe nicht wenig.“ — Über die Radioansprache sagte die vorher genannte Wochenschrift „The Nation“ (25. Februar 1931, S. 206), das sei für Menschen aller Anschauungen eine „Botschaft aus einer andern Welt“ gewesen. „Es ist die Stärke der katholischen Kirche, daß sie das Ansehen und die Macht besitzt, eine solche Ansprache nicht lächerlich, sondern erhaben wirken zu lassen.“ Natürlich wolle der Papst seine neugewonnene Freiheit zur Erweiterung dieser Macht benutzen. „Stehen wir also vor einem Aufleben des Katholizismus? Wir können nur warten und die Augen offenhalten.“

Die vom Papste beklagte Verwischung katholischer Grundsätze im menschlichen Gemeinschaftsleben zeigt sich unter mancherlei Formen. Jan Urban S. J. schreibt in der von ihm herausgegebenen Monatschrift „Przegląd Powszechny“ (Januar 1931, S. 117 ff.), an dem Sonntag, an dem der polnische Landtag gewählt wurde, seien in manchen der über dreißig katholischen Kirchen Krafaus mehr Väter gewesen, als der „Katholische Volksblock“ in der ganzen Stadt Stimmen erhalten habe. Im Landtage zählt dieser Block nur 3% der Abgeordneten, und doch gilt Polen als katholisches Land. Die Lösung des Rätsels liegt nicht bloß darin, daß der „Katholische Volksblock“ in Opposition zu Piłsudski steht, denn auch die Anhänger dieses übermächtigen Marschalls sind nicht die Vertretung des Katholizismus, die man in Polen erwarten mußte. Eine stattliche Anzahl ist nach ihrer politischen Vergangenheit als kirchenfeindlich zu betrachten, und noch viel mehr haben für kirchliche Angelegenheiten nichts übrig. Freilich fehlt es in den Regierungsreihen nicht an überzeugten Katholiken, aber die Regierung als Ganzes vermeidet Kämpfe mit der Kirche nicht aus religiösen, sondern aus politischen Gründen und zügelt die radikalen Elemente in ihrem Lager durch den Hinweis auf die im Konkordat festgelegten Vereinbarungen.

Weit stärker ist die Gefahr der Zurückdrängung des Katholischen bei den deutschen Nationalsozialisten. Gegen sie richtete Kardinal Bertram in seinem „Offenen Mahnwort zur Jahreswende“ die Sätze: „Wir katholische Christen kennen keine Rassenreligion. ... Wir Katholiken kennen kein nationales Kirchengebilde.“ Die bayrischen Bischöfe verurteilten am 10. Februar 1931 gemeinsam die religiösen Irrtümer des nationalsozialistischen Programms. Die Oberhirten der Kölner Kirchenprovinz erklärten in einem Erlaß vom 5. März 1931, wie sie im Jahre 1920 vor dem

katholikenfeindlichen Sozialismus und Kommunismus gewarnt hätten, so müßten sie jetzt im Einklang mit Kardinal Bertram und den bayrischen Bischöfen den Nationalsozialismus ablehnen, „solange und soweit er kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind“. Gewiß seien Pflege echter deutscher Art und entschlossenes Eintreten für Recht und Wahrheit in den Beziehungen der Menschen und Völker zu begrüßen, aber niemals „Formen der Abwehr, die mit dem christlichen Sittengebot nicht vereinbar sind“ — „auch nicht im Kampfe gegen Unrecht und Unwahrheit, Liebloßigkeit und Gewalttat“. Eine im selben Sinn gehaltene Rundgebung erließen am 10. März 1931 die Bischöfe der Kirchenprovinz Paderborn und am 19. März 1931 die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz. Infolgedessen haben sich große katholische Verbände, namentlich auch der Jugend, ausdrücklich von den Nationalsozialisten losgesagt. Sehr entschieden erklärte in der „Academia“, der Monatschrift der farbentragenden katholischen Studentenverbindungen (15. Februar 1931, S. 292) P. Dr. Erhard Schlund O. F. M. als Mitglied und Seelsorger des C. V. in einem grundsätzlichen Aufsatz über diese Frage: „Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus und zum C. V. ist unvereinbar.“

Wie sehr die Bischöfe recht hatten, als sie die frühere Warnung vor der Weltanschauung aufrechterhielten, die in der heutigen Sozialdemokratie vertreten wird, geht z. B. aus der Unentschiedenheit des „Vorwärts“ in der Frage der Körperkultur hervor. Am 16. Januar 1931 veröffentlichte er in seiner Beilage „Der Abend“ einen Aufsatz von Heinrich Hemmer, der dem Hochbetrieb der Schönheitsinstitute vorwarf, daß dort „der Geist in Fesseln geschlagen werde“, daß aber „ohne Jugend und Frische auch des Geistes“ der Körper langweilig und oft lächerlich wirke. Die Körperkultur, die man mit soviel Eifer angestrebt habe, beginne infolge ihrer „Ungeheuerlichkeit und Intoleranz auf die Nerven zu gehen“. Dagegen schloß nur wenige Tage später, am 28. Januar 1931, an derselben Stelle ein Aufsatz von Theresie Mülhausen-Vogeler mit den Worten: „Fassen wir kurz zusammen: Wesen der Freikörperkultur — völlige Nacktheit bei Sport, Spiel und Gymnastik für beide Geschlechter gemeinsam. Sinn der Freikörperkultur — körperliche Ertüchtigung, sittliche Gesundung, soziales Verantwortungsgefühl. Wer das gutheißen kann, der helfe mit, die Freikörperkultur, die heute eine nicht mehr zu unterdrückende kulturpolitische Bewegung geworden ist, aus ihrer familienhaften Geschlossenheit, aus ihrer Vereinzelung zu einem Gut, einem allen zugänglichen Gut unseres Volkslebens zu machen.“ — Vgl. diese Zeitschrift Februar 1931, 321—336.

Auch die heutige Freimaurerei, die in den beiden Januarnummern der „Bauhütte“ die Massenverbreitung einer Verteidigungsschrift ankündigt, und sich davon unter „der arbeitenden und studierenden Jugend“ Erfolg verspricht, hat ihre mit den Lehren der katholischen Kirche unvereinbaren Grundanschauungen nicht gewandelt. Nach den in der „Bauhütte“ mitgeteilten Proben der Werbeschrift soll sich der Freimaurer zum Ziel setzen, „die hehren Ideale reinen und göttlichen Menschentums in sich, in seinem Volke, in der Menschheit verwirklichen zu helfen“. Das geschieht durch die „Religion der Menschheit“, die nicht als „Bekenntnis oder Dogma“ aufgefaßt werden darf, und „die man nicht lehren kann“. Alle maurerischen Bräuche sind nur ein symbolischer Hinweis auf diese Religion, und wegen der „grundsätzlichen Abneigung der Freimaurerei gegen jede, auch noch so leise anklingende dogmatische Fassung eines Lehrbegriffs“ spricht man von einem „Baumeister aller Welten“, denn mit dem Worte Gott oder Gottheit wird „in der Regel schon ein konfessionell begrenzter Begriff verbunden“. Sehr stark wird immer wieder die Führung eines sittlichen Lebens aus eigener Kraft betont. — Also auch wenn vom katholischen Standpunkt aus nichts anderes gegen die Freimaurerei einzuwenden wäre, müßte man doch sagen, daß sie ihre Mitglieder auf eine Geisteshaltung einstellt, die dem wesentlichen

Glauben des Katholiken an Offenbarung, Gnade und Kirche alle klare Bestimmtheit und alle Glut nimmt.

Neue katholische Kräfte regen sich in der Seelsorge. Die Statistik der französischen Bistümer zeigt zwar vielerorts eine zu geringe Zahl von Theologiestudierenden und öfter noch einen bedenklich hohen Prozentsatz von mehr als sechzig Jahre alten Priestern, aber es gibt doch auch nicht wenige Bistümer, wo auf 10 000 Gläubige 10—15 Priester kommen, und wo die Priesterseminare sich zusehends füllen. — In der Tschechoslowakei ist es gelungen, die Zahl der Theologiestudierenden von 662 im Jahre 1928 auf 747 im Jahre 1930 zu bringen.

Die von Kanonikus Handloß im Auftrag der Österreichischen Leo-Gesellschaft herausgegebene Zeitschrift „Der Seelsorger“ widmet ihr Februarheft der Erörterung einer methodischen Umstellung des priesterlichen Wirkens. Ohne den selbstverständlichen Vorrang des Übernatürlichen vor dem Natürlichen zu verkennen, müsse die Seelsorge heute mehr vom harten Ringen der Zeit als von den erhabenen Wahrheiten der Religion aus einen Zugang zu den Herzen suchen. Zuerst wird daran erinnert, daß Papst Pius XI. die „Notwendigkeit einer besseren sozialen und internationalen Ordnung“ betont, und daß Erzbischof Kordáč von Prag erklärt hat: „Die Zeit ist reif für eine Weltrevolution, und wenn die Machthaber und Kapitalisten die Gesetze des Christentums nicht anerkennen, so wird die ganze Welt von einem roten Flammenmeer niedergebrannt.“

Dann begründet der steiermärkische Pfarrer Felber aus seiner Praxis, daß der Priester mehr als bis jetzt „Arbeitern, Bauern, Männern der Wirtschaft“ zuhören müsse, um zu erfahren, wie sie das Leben betrachten, und um ihnen von dieser Erkenntnis aus weiterzuhelfen. „Nach dieser Hilfe hungern heute die Menschen, wie jeder Erfahrene weiß; dagegen wissen sie mit unsern Lehren und Geboten nichts anzufangen, weil sie als Folgerungen übernatürlicher Glaubenslehren für sie in der Luft hängen.“ Der Zisterzienserabt Dr. Wiesinger von Schlierbach versucht mit Berufung auf das kirchlich approbierte Buch des spanischen Priesters Ángel Carbonell, „El colectivismo y la ortodoxia católica“ (Barcelona 1928), das er deutsch erscheinen lassen will, die kollektivistischen Neigungen der Arbeiterwelt für die Seelsorge fruchtbar zu machen. „Wenn die Arbeiter wieder Vertrauen haben zum Priester, weil er wirtschaftlich auf ihrer Seite steht, dann hören sie auch seine Predigt wieder.“ Der Vikar Bieler aus Baden schreibt über „Sozialisten-seelsorge“ und schließt: „Nehmen wir unserer Religion den Anschein satter und behaglicher Bürgerlichkeit und legen wir die Hand ans Werk als die treuen Diener Desjenigen, der gekommen ist als Sachwalter nicht der Reichen und Gatten, sondern der Mühseligen und Beladenen, nach dem Vorbild auch seines größten Apostels, der allen alles werden wollte.“ Der westfälische Dominikaner P. Fischer spricht von seinen Beobachtungen in einer zur Hälfte katholischen Zechenkolonie von 9000 Einwohnern im Ruhrgebiet, wo 1930 am Weihnachtstage 1600 Kommunionen ausgeteilt wurden, während der geistliche Rektor vor sieben Jahren mitten unter Sozialisten und Kommunisten mit nichts angefangen hatte als mit zwei Zimmern, die er bei einem nur standesamtlich getrauten Arbeiterpaar hatte mieten können. Die Leute bekamen Achtung vor diesem Schwarzrock, der mitten unter ihnen so dürftig lebte. Durch unermüdliches Betteln brachte er es zu einem Vereinshaus, das zugleich als Notkirche diente, mit Anspannung aller Kräfte richtete er billige Bezugsstellen von Nahrungsmitteln und Kleidern für Arbeitslose ein — und immer geringer wurde die Zahl der Kirchengegner und Gleichgültigen. — Die echt christliche Bevorzugung der Armen, die es ja nicht nur unter den Handarbeitern gibt, ist gerade heutzutage nicht eine Vernachlässigung, sondern eher eine beispielgebende Erfüllung der priesterlichen Seelsorgepflicht gegenüber den Reichen. Vgl. diese Zeitschrift März 1931, 401—413.

Der Einfluß der katholischen Presse wird oft unterschätzt. In einer ganzen Reihe von Städten, z. B. in Breslau, Essen, Karlsruhe, Hamm, München, Paderborn, Stuttgart, erscheinen Sonntagsblätter, deren Auflage sich um 100 000 bewegt und manchmal weit darüber hinausgeht. Das „Kleine Kirchenblatt“ in Wien, das ganz auf die Wiener Kinderwelt abgestimmt ist, druckt wöchentlich 230 000 Exemplare. — Bei den vorwiegend politischen Blättern drängen die Zeitverhältnisse immer mehr zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit durch Zusammenlegung. Im Februarhefte der „Schweizerischen Rundschau“ (1932) schrieb der Freiburger Privatdozent Dr. Lorenz: „Ist es nicht eine Zersplitterung von Kräften, wenn im Bereich von fünf Wegstunden irgendwo in der Schweiz drei katholische Tageszeitungen erscheinen?“ In Köln wurden am 17. Februar 1931 zwischen den Vorständen des Augustinusvereins und der Rheinischen Zentrumspartei Richtlinien vereinbart, nach denen durch Arbeitsgemeinschaften, Verlagsgemeinschaften und Zusammenschluß von Verlagen eine je nach den Umständen verschiedene Gruppenbildung die Wirksamkeit der katholischen Zeitungen heben soll. „Grundsätzlich soll in einem kulturell, politisch und wirtschaftlich geschlossenen oder gleichgelagerten Bezirk nur eine Zeitung unserer Weltanschauung erscheinen.“

Sehr beachtenswert ist der Aufsatz, durch den im Wiener „Neuen Reich“ (28. Februar 1931, 449—451) Professor Emil Dovifat, Direktor des Deutschen Instituts für Zeitungsfunde in Berlin, der katholischen Presse eine stärkere Ausnutzung des „sensationellen Ereignisses“ und der „sensationellen Aufmachung“ dringend empfiehlt. Die katholische Zeitung müsse „ihre ideellen Ziele, von denen sie kein Jota preiszugeben braucht“, heute, wofern sie „wirklich in die Massen hineinwirken will“, so vertreten, daß die überall auf die Sensation eingestellten Massen werbeträftig ergriffen werden und das Blatt trotzdem nicht der „Knechtschaft des Masseninstinkts“ verfällt. Vielmehr muß durch die sensationelle Aufmachung „die meinungsmäßige Führung um so stärker“ werden, jedes Ereignis ohne Aufdringlichkeit um so klarer in einen ethischen Zusammenhang treten. Dazu ist aber im Geistigen wie im Wirtschaftlichen größte Kraftanstrengung notwendig. „Gerade der volkstümliche Journalismus, wenn er in der geforderten Form gesinnungsgemäß wirken soll, fordert ein Höchstmaß von journalistischem Können, menschlicher Erfahrung und Reife, künstlerischer Ausdrucksfähigkeit. Die aber wird niemals bei überlasteten, schlecht bezahlten, im geistigen Raubbau redigierenden Journalisten zu finden sein und erst recht nicht bei jungen, wohlmeinenden, aber meist noch unerschlossenen Anfängern, die man heute selbst in den Redaktionen führender katholischer Blätter in gefährlich starker Zahl findet.“

Die biographischen und bibliographischen Grundlagen für ein Urteil über die Kulturleistung der deutschen Katholiken seit dem 16. Jahrhundert will auf rund tausend Seiten Professor Wilhelm Rosch in seinem Lexikon „Das katholische Deutschland“ (Augsburg, Haas & Grabherr) bieten. Bis auf die unmittelbare Gegenwart werden über jeden, der „aus dem katholischen Kulturkreis hervorgegangen ist oder sich ihm angeschlossen hat“, und der auf irgend einem theoretischen oder praktischen Gebiet eine gewisse öffentliche Geltung besitzt, ohne Werturteil kurz die tatsächlichen Angaben gebracht, gegebenen Falles auch über seinen Austritt aus der katholischen Kirche. Die bisher erschienenen Lieferungen geben die Gewähr, daß wir ein allgemein brauchbares Werk erhalten, wie wir es in dieser Vollständigkeit noch nicht besaßen.

Der um das Bildungswesen der deutschen Katholiken seit langem so hochverdiente Borromäusverein zählte im Jahre 1930 weit über 5000 Zweigstellen, mehr als 250 000 Mitglieder und fast vier Millionen Bände in seinen Bibliotheken. Die Ausleihe an Leser aller Berufe und auch an Nichtkatholiken stieg auf nahezu neun Millionen. Für Leiter und Helfer von Volksbibliotheken wurden Schulungskurse mit zusammen rund 2000 Teilnehmern veranstaltet. Außerdem unterhält der Verein eine staatlich anerkannte Bibliothekarschule, in der Primaner und Primane-

rinnen für die Anstellung an wissenschaftlichen Bibliotheken und an Volksbüchereien ausgebildet werden.

Professor Allgeier kann in dem von ihm als Generalsekretär erstatteten „Jahresbericht“ der Görres-Gesellschaft (Köln 1931, 138 f.) eine stärkere Hinweisung zu Gegenwartsfragen feststellen. Er regt die Kritiker an, „offener zu reden“ und eine „Arbeitsfront“ zur Verwirklichung dessen schaffen zu helfen, was gemeinsame Beratung von jung und alt als möglich erweist. Nur durch Eintracht und Opferwilligkeit sei das Wachstum der Gesellschaft zu sichern. „Bloße Ergriffenheit von der Problematik der Neuzeit und Reden allein können uns noch nicht weiterbringen. In einer Zeit der Not wie der gegenwärtigen hängt alles doppelt ab von der Tat.“

Eine überraschende Zahl großer Sammelwerke von wissenschaftlicher Höhe und katholischer Haltung legt der Verlag Herder & Co. in Freiburg i. Br. vor. Während die fünfte Auflage seines „Staatslexikons“ vor dem Abschluß steht, von seinem zehnbändigen „Lexikon für Theologie und Kirche“ die beiden ersten Bände erschienen sind und von der vierten Auflage seines „Konversationslexikons, die als „Der Große Herder“ völlig neu und eigenartig aufgebaut wird, der erste Band im Druck nahezu vollendet ist, laufen nicht minder wichtige Unternehmungen auf den Gebieten der Pädagogik, der Kirchengeschichte und der Weltgeschichte. Das zweibändige „Lexikon der Pädagogik der Gegenwart“, dessen erster Band vorliegt, faßt unter Leitung des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik in Münster i. W. von einem streng geschlossenen System aus Ziele, Träger und Formen der Bildung und Erziehung nach heutiger Theorie und Praxis zusammen und verbindet all das mit dem gesamten modernen Leben. — An Stelle des in sechs Auflagen ruhmvoll bewährten „Handbuches der allgemeinen Kirchengeschichte“ von Hergenröther, das aus stofflichen und methodischen Gründen einer Umgestaltung bedurfte, tritt nun die „Kirchengeschichte, unter Mitwirkung von Andreas Bigelmair, Joseph Greven und Andreas Veit herausgegeben von Johann Peter Kirsch“. Prälat Kirsch, der die drei letzten Auflagen Hergenröthers bearbeitet und dabei dem ihm besonders vertrauten Altertum die größte Sorgfalt gewidmet hatte, brauchte nun an dem von ihm übernommenen ersten Bande des neuen Werkes keinen gänzlichen Umbau vorzunehmen. Anders ist es mit dem ebenfalls bereits erschienenen ersten Teile des vierten Bandes, in dem Professor Veit die Entwicklung vom Westfälischen Frieden bis zum Auftreten Napoleons darstellt. Hier wird man den Geist des früheren Werkes oft nicht wiedererkennen. Der Verfasser beansprucht im Vorwort für seine Meinung, die aus dem Streben nach „Wahrheit in allem“ hervorgehe und sich gegen „sachliche Belehrung“ nicht sträube, das Recht, „gehört zu werden“. Er beruft sich für seine Haltung auf die Worte, die P. Heribert Holzapfel seiner „Geschichte des Franziskanerordens“ vorausgeschickt hat: „Die Welt glaubt ja doch nicht, daß im Orden alles Gold ist, und wird mit Mißtrauen erfüllt, wenn sie sieht, daß man alles beschönigen möchte. Darum habe ich offen gesprochen und getadelt, was mir tadelnswert erschien. Vielleicht bin ich hier manchmal zu weit gegangen. Ein Institut aber, das eine sachliche, wohlmeinende Kritik nicht mehr verträgt, wäre krank bis ins Mark hinein.“ — Die dem erdumspannenden Blick und Drang des heutigen Europäers angepaßte Form von Weltgeschichte soll die „Geschichte der führenden Völker“ haben. In die Herausgabe der dreißig Bände teilen sich drei Altmeister katholischer Geschichtsforschung: Heinrich Finke, Hermann Junker und Gustav Schnürer. Von den zahlreichen Mitarbeitern haben schon zwei ihre Beiträge vorgelegt: Professor Hassinger die „Geographischen Grundlagen der Geschichte“ und Professor Berve die „Griechische Geschichte“, zunächst bis Perikles. Beide Werke führen auf neuen Wegen zu tiefen und außerordentlich fesselnden Erkenntnissen.

Mögr. Ladeuze, Rektor der katholischen Universität Löwen, hat in einer Radioansprache festgestellt, daß diese Universität unter allen belgischen den vielseitigsten

Lehrbetrieb hat und am stärksten besucht ist. Im letzten akademischen Jahre waren zwei Fünftel aller Universitätsstudenten Belgiens in Löwen. Von 1892 bis 1925 hat Löwen dem Lande 38,9% aller Doktoren der Rechtswissenschaft geliefert, 45,1% der Notariatskandidaten, 40,2% der Ärzte, 37,9% der Apotheker, 30,7% der Doktoren der Naturwissenschaften und 43,4% der Doktoren der Philosophie und der Literatur. Bis 1922 haben die Katholiken allein sämtliche Kosten aufgebracht; dann hat wegen der schlechten Wirtschaftslage Belgiens der Staat ungefähr die Hälfte des Jahresbudgets übernehmen müssen.

Die katholischen Ärzte haben in Frankreich seit 1884 einen Verein, der in Belgien, England, Holland, Italien, Spanien usw. nachgeahmt worden ist und nun auch in andern Ländern zu ähnlichen Gründungen anregen möchte. Das „Secrétariat central des Sociétés nationales de médecins catholiques“ (74, Rue de Grenelle, Paris VII^e) beabsichtigt aber in keiner Weise, wie schon sein Name andeutet, die Selbständigkeit der einzelnen Landesvereine zu beeinträchtigen. Außer um die Pflege des persönlichen religiösen Lebens bemühen sich die Mitglieder um Klärung der Beziehungen zwischen Medizin und Moral, um Hebung des Anteils katholischer Ärzte an der Befestigung von wissenschaftlich oder praktisch besonders wichtigen Stellen, um Verbreitung entsprechender medizinischer Kenntnisse bei katholischen Geistlichen und Laien, um gute Ausbildung katholischen Pflegepersonals, um Einfluß auf Regelung medizinischer Angelegenheiten durch Gesetzgebung oder Verwaltung im Einklang mit katholischen Grundsätzen.

Von dem reifsten Werke des hl. Johannes vom Kreuz, den „Canciones entre la esposa y el esposo“, die in einem Gesang von 39 Strophen und einer mehr als dreißigmal so langen „Erklärung“ von der ersten Läuterung der Seele bis zur höchsten mystischen Vereinigung mit Gott führen, hat nun ein Benediktiner von Solesmes, Dom Chevallier, eine Ausgabe veranstaltet, die an kritischer Sorgfalt und Vollständigkeit alle ihre Vorgängerinnen übertrifft: *Le Cantique Spirituel de Saint Jean de la Croix. Notes historiques, texte critique, version française.* (Brügge 1930. Desclée, De Brouwer & Cie.)

Die alte Streitfrage nach dem Verfasser der „Vier Bücher von der Nachfolge Christi“, die in letzter Zeit auch von deutschen Forschern nicht mehr so bestimmt wie noch vor einigen Jahrzehnten dem Thomas von Kempen zugeschrieben werden, hat P. van Ginneken S. J., Professor der niederländischen Philologie an der Universität Nijmegen, schon lange, besonders in den Veröffentlichungen der Flämischen Akademie der Wissenschaften, zu Gunsten des Holländers Gerhard Groot, des Stifters der Fraterherren, zu entscheiden versucht. Er hat heftigen Widerspruch gefunden, faßt aber nun doch seine Beweise, die zum Teil von bisher noch nie benutzten Quellen ausgehen, sehr eindrucksvoll in der langen Einleitung zusammen, die er seiner kritischen Ausgabe des altniederländischen und des lateinischen Textes vorausschickt. Das in vier Farben kostspielig gedruckte Buch ist 1930 bei Malmberg in Herzogenbusch erschienen und trägt den Titel: *De Navolging van Christus, of het Dagboek van Geert Groot, in den oorspronkelijken Nederlandschen tekst hersteld en met de oudste latijnse vertaling vergeleken.*

II.

Worin die schwierige Lage der Weltwirtschaft letzten Endes begründet ist und wie sie gebessert werden kann, vermögen die Fachleute noch nicht mit voller Gewißheit zu sagen, doch wächst langsam die Erkenntnis, daß die Löhne so hoch wie möglich und die öffentlichen Ausgaben so niedrig wie möglich zu halten sind. Im Januar kam die Züricher Tagung der gemeinsamen Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale nach Anhörung von 15 Berichten zu dem Ergebnis, daß der Versuch der Arbeitgeber, die Konkurrenzfähigkeit durch Lohnsenkung zu steigern, zu einer Lohnsenkung in der ganzen Welt

führe und folglich auf allen Märkten die Kaufkraft verringere. Angesichts der riesigen Arbeitslosigkeit sei es „unerlässlich, den Kampf um die Fünfstagwoche international aufzunehmen“. Diese verkürzte Arbeitswoche ist unterdessen in vielen Betrieben eingeführt worden. An den Sachverständigenausschuß für Arbeitslosigkeit beim Genfer Internationalen Arbeitsamt schickte Professor Cole von der Universität Oxford eine Denkschrift, die genau wie die Züricher Tagung die Hauptursache der Krise darin sieht, daß die Kaufkraft gesunken und die Erzeugung unverhältnismäßig gestiegen ist; wenn also durch unnötige Lohnsenkung die Kaufkraft noch weiter falle, werde die allgemeine Arbeitslosigkeit noch größer. Reichskanzler Brüning sagte in seiner Rede in der Kölner Messehalle am 25. Januar 1931 ebenfalls, wenn man in der Lohnsenkung das alleinige Heilmittel erblicke, zerstöre man die Kaufkraft und komme „in denselben Zirkreis hinein, in den man auf anderem Wege durch übermäßige und übereilte Rationalisierung unserer Industrie“ geraten sei. Wir müßten aber bei privaten und öffentlichen Ausgaben viel strenger mit jedem Pfennig rechnen. „Wir haben uns Bauten geleistet, überall, in Reich, Ländern und Gemeinden, die wir uns in der Vorkriegszeit nicht haben leisten können, wir haben Hunderte von Millionen für Dinge ausgegeben, die sich nach einiger Zeit als verfehlt und unproduktiv erwiesen.“ Arthur W. Kiddy, der ständige Bericht-erstatte für Geldwesen in der Londoner Wochenschrift „The Spectator“, schrieb am 7. Februar 1931, aus den Jahresberichten der führenden englischen Banken sehe man, daß allerdings die schlechte Verteilung des Goldes und die Möglichkeit weiterer Verkleinerung der Golddecke bedenkliche Hemmungen der Wirtschaft seien, daß aber nach Ansicht der meisten Banken die Hauptaufgabe der nächsten Zeit in der Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und in der Hebung des wirtschaftlichen Wagemutes durch eine entsprechende Gesetzgebung zu suchen sei.

Über die vom russischen Bolschewismus her drohenden wirtschafts-politischen Gefahren herrschen in der breiten Öffentlichkeit recht unklare Vorstellungen. Mit Recht warnt das Wiener „Neue Reich“ (10. Januar 1931, S. 312) vor den vielen Falschmeldungen über Mißstände im Bolschewikenstaat: dadurch werde die sehr berechtigte Abwehr geschwächt. Nicht nur wenn solche Darstellungen von russischen Flüchtlingen ausgehen, auch wenn sie aus der bolschewistischen Presse stammen, müssen sie vorsichtig geprüft werden. Es sind nicht selten grobe Übertreibungen, die in Rußland den Eifer der Massen durch die Furcht vor dem Scheitern des bis jetzt mit soviel Opfern durchgeführten Riesenwerkes anspornen oder im Ausland bolschewikenfeindliche Zeitungen in eine Falle locken sollen, um sie dann durch ein unwiderlegbares Dementi der Lächerlichkeit preiszugeben und unsicher zu machen. Wieviel hat man nicht über das russische Getreidedumping geschrieben! Aber Professor Brandt, der Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung in Berlin, stellte im Handelsteil der „Frankfurter Zeitung“ (8. Februar 1931, Reichsausgabe) fest, daß von der Weltgetreideproduktion des Jahres 1930 nur ungefähr ein Fünftel auf Rußland kommt, und daß die Preise im August 1930, wo Rußland zum ersten Mal als größerer Verkäufer auftrat, schon sehr niedrig lagen. „Die Russen haben zu dem jeweils erzielbaren Preis bestmöglich soviel Getreide abgestoßen, wie sie benötigten, um damit ihre Importe an Industriewaren begleichen zu können.“ Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß die Klagen über russisches Unterbieten der Preise in allen sonstigen Fällen ebenso schwach begründet gewesen wären. Die Form, in der sie durch die Presse gingen, erweckte aber häufig den falschen Schein, als ob die Russen sich in diesem Punkte von andern Völkern unterschieden, während die Fachliteratur ausweist, daß die Industriefartelle aller Länder das Dumping in Übung haben. Auch in den entrüsteten Einsprüchen gegen den bolschewistischen Arbeitszwang bei niedrigster Lebenshaltung wurde gewöhnlich übersehen, daß ebenso die Industrien der kapitalistischen Kolonialmächte sich in den von Farbigen bewohnten Besitzungen durch niedrige Löhne

und durch Zwangsarbeit Handelsvorteile sichern. Es kann also nur darum gehen, daß jeder Staat seine heimische Wirtschaft gegen Rußland ebenso schützt wie gegen andere Konkurrenten: durch eine geeignete und ehrliche Handelspolitik, trotz des einstweiligen Mißerfolges der europäischen Zollfriedenskonferenz.

Ohne Zweifel werden die Russen nach Durchführung des Fünfjahrplans, mit dessen wesentlichem Gelingen allmählich auch die früheren Leugner und Zweifler zu rechnen anfangen, mächtige Konkurrenten auf dem Weltmarkte sein. Dieser Konkurrenz verhelfen die kapitalistischen Völker insofern zur Leistungsfähigkeit, als sie durch Entsendung von Ingenieuren und Arbeitern wie durch Warenlieferungen dem Fünfjahrplan ihre unentbehrliche Unterstützung leihen. Den Ausgang der Entwicklung, die unaufhaltbar zu sein scheint, sehen Sachkenner verschieden. Die einen sind der Ansicht, das industrialisierte Rußland werde durch zweckmäßig einsetzendes Dumping eine Auslandsindustrie nach der andern zerstören und so auf dem Wege über Wirtschaftschaos und Verarmung zur Weltrevolution gelangen. Für Deutschland und für Polen scheint den Kommunisten der Umschlag der wirtschaftlichen Krise in eine politische bereits nahe bevorzustehen. Deshalb stellt die Zeitschrift des Exekutivkomitees, „Die kommunistische Internationale“ (15. Januar 1931, S. 11 f.), in ihrer Jahresbilanz den Genossen in diesen Ländern den politischen Massenstreik als Hauptaufgabe: von seiner klugen und entschlossenen Führung im Geiste Lenins hange die Überwindung des Faschismus ab, der „die letzte konterrevolutionäre Hoffnung des sterbenden kapitalistischen Systems“ sei. — Andere meinen, je weiter die Industrialisierung Rußlands fortschreite, desto stärker werde das russische Volk die neuen Anlagen für seinen eigenen Warenbedarf in Anspruch nehmen, und wenn sich dann die übrigen Staaten Europas enger zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet vereinten, hätten sie sowohl einen aufnahmefähigen Markt wie die wirtschaftliche und nötigenfalls auch die militärische Macht, Einfuhr aus Rußland nur gegen Ausfuhr nach Rußland zu dulden und sich gegen Dumping und Revolutionierung von außen wirksam zu schützen. — Offenbar läßt sich gegen diese kapitalistischen Erwartungen einwenden, daß damit die nicht geringere Gefahr der Revolutionierung durch den Kommunismus im Inland keineswegs gebannt ist. Deshalb dürften die richtiger sehen, die durch gesetzmäßigen, aber rücksichtslos durchgreifenden Aufbau einer besseren sozialen und wirtschaftlichen Ordnung die kommunistischen Forderungen, soweit sie berechtigt sind, erfüllen und der materialistischen Leistung Rußlands, das von den unleugbaren Wohltaten der Industrialisierung selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden soll, eine menschlich überlegene Leistung entgegenstellen wollen. Nach solchen Wegen sucht die neue Zweimonatsschrift „Ständisches Leben“ (Erneuerungs-Verlag, Berlin-Wien), die der Wiener Soziologe Dithmar Spann herausgibt. Im Sinne seines bekannten „universalistischen Lehrbegriffs“ will er hier gegen individualistischen Kapitalismus und sozialistischen Marxismus wissenschaftliche Klarheit schaffen und zugleich eine praktische Gemeinschaftsarbeit wecken, die „das im individualistischen Chaos zusammenbrechende Leben dem Bolschewismus entreißt“.

Wie mangelhaft in der jetzigen Wirtschaftsordnung die Lebensbedingungen ausgeglichen sind, zeigten wieder neue Statistiken der Millionäre. Nach der Statistik der Vermögenssteuer ist in Deutschland trotz der schweren Wirtschaftskrise die Zahl der Millionäre um 130 gestiegen. Es gibt jetzt 2465 natürliche Personen, die ein steuerpflichtiges Vermögen von mehr als einer Million besitzen. Davon haben 115 mehr als fünf Millionen und 40 mehr als zehn Millionen Mark. Freilich bleiben wir hinter Nordamerika noch sehr weit zurück. Aus den vom Schatzamt der Vereinigten Staaten in diesem Winter veröffentlichten Zahlen für 1928 geht hervor, daß weniger als ein Zehntel aller Familien die Jahreseinnahme hatte, die für die Einkommensteuer geseglich erforderlich ist. Dieses knappe Zehntel verfügte über ein Jahreseinkommen

von zusammen 25 226 Millionen Dollar, und zwar hatten 511 natürliche Personen ein Jahreseinkommen von mindestens einer Million Dollar; 26 davon nahmen sogar fünf Millionen oder mehr ein. Das gesamte Jahreseinkommen der 511 belief sich auf 1109 Millionen Dollar. Bei günstigerer Verteilung der Erwerbsmöglichkeit hätten also aus dieser Summe, selbst wenn man jedem der 511 das immerhin erkleckliche Einkommen von 200 000 Dollar zubilligt, die Jahreseinnahmen von mehr als einer Million bedürftiger Familien um je 1000 Dollar vermehrt werden können.

Eine gewisse Hebung der deutschen Gesamtwirtschaft kündigte sich Ende Februar an. Nach dem Berichte des Instituts für Konjunkturforschung waren durch Senkung der Produktion und Steigerung der Ausfuhr die Lager so zusammengeschumpft, daß baldige Wiederauffüllung notwendig schien, obgleich der dazu erforderliche internationale Kapitalausgleich noch sehr schwierig war. Die Weltkonjunktur werde allerdings wohl noch weiter sinken, aber langsamer, so daß der tiefste Punkt bald erreicht sein werde. Um dieselbe Zeit gelangte die österreichische Konjunkturforschung für ihren Bereich zu etwas günstigeren Ergebnissen: der tiefste Stand sei wohl schon überschritten. — Auch auf den deutschen Reichshandwerkswochen im März trat neben drückender Not der Lebensmut erfreulich zu Tage. Das Handwerk zählt noch immer $1\frac{1}{2}$ Million Betriebe, beschäftigt $3\frac{1}{2}$ Millionen Menschen und gibt etwa 8 Millionen den Unterhalt. Das ist um so wichtiger, als gerade eine starke Handwerker-schicht die zerstörenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit mildert und den Sieg des Mechanischen über das Menschliche verhindern hilft. — Immerhin hatte das allgemeine Elend einen solchen Grad erreicht, daß viele Kinder durch Unterernährung und Rachitis verkümmerten, zahllose Knaben und Mädchen durch Arbeitslosigkeit verwahrlosten und die Selbstmordziffer unheimlich stieg. Deshalb richteten freie Verbände aller Richtungen, da die öffentlichen Mittel bis zum äußersten bereits in Anspruch genommen waren, mit Genehmigung der Reichsregierung einen dringenden Hilferuf an jedermann, „nicht nur an die, die vielleicht noch etwas übrig haben, vielmehr auch an die, denen es ein wirkliches Opfer bedeutet“. — Vgl. diese Zeitschrift, Januar 1931, S. 287—301.

Mitten im reißenden und doch so trüben Fluß der wirtschaftlichen Dinge beginnt das „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ von Elster bei Fischer in Jena seine vierte, völlig umgearbeitete Auflage. Wissenschaftlich, aber doch gemeinverständlich will es in drei Bänden das ganze Stoffgebiet auf 18 Gruppen verteilen, die besondern Leitern anvertraut sind.

Die Soziologie der Gesellschaft, der Kultur, ihrer Epochen und ihrer Güter soll in dem lieferungsweise erscheinenden einbändigen Handwörterbuch der Soziologie (Stuttgart, Enke) von Alfred Vierkandt und vielen Mitarbeitern verschiedener Richtung, darunter auch Katholiken, nach allen heute wesentlichen Seiten betrachtet werden.

Erste Beachtung erzwang sich die Auswirkung der Wirtschaft auf die ethischen Seiten des Völkerlebens. Welchen Umfang die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten seit der Regelung durch das deutsche Reichsgesetz vom 18. Februar 1927 angenommen hat, erfährt man aus Mitteilungen des „Vorwärts“ (Nr. 109, 6. März 1931) über die Berliner Einrichtungen. Allein bei der Beratungsstelle im Hauptgesundheitsamt melden sich täglich 250—350 Personen, während vor drei Jahren, wohl hauptsächlich aus Mangel an Vertrauen, kaum 90 kamen. Nun gibt es aber in Großberlin 19 städtische Beratungsstellen und eine staatliche. Sie arbeiten mit 70 Fürsorgeärzten, 45 Fürsorgern und Fürsorgerinnen, 29 Schwestern und 5 Laboranten. Ist nach genauer Untersuchung die Krankheit festgestellt, so wird je nach Erfordernis ambulante Behandlung oder Überweisung in ein Krankenhaus veranlaßt. Die Fürsorge sucht körperlich und seelisch zu helfen und trifft nach Prüfung der im Einzelfall drohenden Gefahren zweckmäßige Schutzmaßnahmen für die Zukunft durch die „Gesundheits-

aufsicht“. Die Beratungsstellen arbeiten unentgeltlich und natürlich unter Berufsgeheimnis.

Der belgische Sinologe Louis van Hée S. J., ein in Europa wie in Asien angesehener Vertreter seines Faches, schildert in der Brüsseler „Revue catholique des idées et des faits“ (2. und 9. Januar 1931) ausführlich den ungeheuern Mißbrauch, der bei uns und jenseits der Meere mit den Rauschgiften getrieben wird, prangert die Gewinnsucht der Händler an, die bis jetzt alle wirksamen, von weißen und farbigen Kennern der furchtbaren Zustände unzählige Male geforderten Regierungsmaßnahmen verhindert haben, und schließt unter Hinweis auf die für Mai 1931 anberaumte Rauschgiftkonferenz des Völkerbundes, zu der auch die Staaten eingeladen sind, die dem Völkerbund nicht angehören, mit der Warnung, wenn rücksichtslose Geldmächte auf der Konferenz wieder den Sieg davontragen sollten, könne das ernste Folgen für den Frieden der Welt haben. Jedenfalls werde das neue China sich nicht länger hindern lassen, mit allen Mitteln an seiner Befreiung von diesen Fesseln zu arbeiten, und auf seine Seite werde sich gewiß Amerika stellen.

Die in Bombay erscheinende Wochenschrift „The Week“ (29. Januar 1931) berichtet über den dort am 25. Januar geschlossenen „Panasiatischen Frauenkongreß“, zu dem Abgesandte aus den Ländern vom Schwarzen Meer bis zum Stillen Ozean erschienen waren. Die angenommenen Entschlüsse verlangten Verbot von alkoholischen Getränken und Rauschgiften, Abschaffung der Vielweiberei, der Kinderehen und der Prostitution, Gewinnung der Frauenwelt für die Pflege des Geisteslebens, der Menschenliebe und der Religion, Aufbau einer sozialen Gesetzgebung für das Gesamtgebiet weiblicher Betätigung, nationale Selbstbestimmung in Kulturfragen und geschlossenes Eintreten für den Völkerbund.

Eine besonders verderbliche Form der Vielweiberei entvölkert die riesigen französischen Kolonien in West- und Mittelasien. Jedes der beiden Gebiete hat eine mehr als doppelt so hohe Geburtenquote wie Frankreich, und trotzdem sinkt die Bevölkerungszahl. In dem reichen Äquatorialafrika, das fünfmal größer ist als das Mutterland, wohnen nur drei Millionen Menschen. Aus französischen Kolonialkreisen ist eine genaue Untersuchung dieser beängstigenden Tatsachen angeregt worden, und das Ergebnis ist in einem Werke von über 600 Quartseiten niedergelegt (Enquête coloniale dans l'Afrique française occidentale et équatoriale. Paris 1930). Louis Jalabert S. J. berichtet darüber in den Pariser „Études“ (20. Februar 1931, 420—440). Es hat sich gezeigt, daß nach Arabien noch immer ein heimlicher Sklavenhandel mit Kindern betrieben wird, daß von sehr vielen durch Alkoholismus entarteten Männern und Frauen keine gesunde Nachkommenschaft zu erwarten ist, daß Wechselfieber, Sumpffieber, Syphilis und Schlafkrankheit zahllose Opfer fordern — daß aber die Bekämpfung aller dieser Übel erfahrungsgemäß die Verluste nicht aufwiegt, die aus der eigenartigen Vielweiberei entstehen. Da nämlich der Äquatorialneger nicht gerne arbeitet, schafft er sich Frauen an. Ehen ohne Kauf gibt es nicht. Seit der Kolonisierung sind aber die Preise so gestiegen, daß junge Leute sie fast nie bezahlen können. Daher werden Frauen gewöhnlich nur von alten und vermögenden Männern gekauft: die aber sind durch Alkoholismus und andere Laster meist so geschwächt, daß der Nachwuchs kümmerlich ist. Die Söhne müssen auf der väterlichen Besitzung arbeiten, und die Töchter werden sobald wie möglich an reiche Greise verkauft.

Als Warnung gegen Schönheitskonkurrenzen teilt die „Schönere Zukunft“ (15. Februar 1931) aus einer Rundgebung des „Schweizerischen Vereins der Freundinnen junger Mädchen“ mit, daß die in der Konkurrenz unterlegenen Bewerberinnen meist nur schwer „aus dem bereits begonnenen Leben des Glanzes, das sie verwöhnt und eitel gemacht hat“, in ihre geordnete Arbeit zurückfinden, während die wenigen Siegerinnen auffallend oft sittlich entgleisen. So habe von den bisherigen Schönheits-

königinnen eine Mexikanerin ihren Mann um eines andern willen erschossen, eine Engländerin sei wegen Ladendiebstahls ins Gefängnis gekommen, eine Russin wegen Schuldenmachens verhaftet worden, eine Polin vollständig verschollen. — Vgl. diese Zeitschrift, Februar und März 1931, S. 337—346 und 414—424.

Daß die Kolonisierungsversuche der Welt durch die Europäer den farbigen Völkern nicht bloß Segen, sondern auch Fluch gebracht haben, tritt in dem packend geschriebenen und reich illustrierten Werke des Hamburger Historikers Adolf Klein: „Die europäische Ausbreitung über die Erde“ (Wildpark-Potsdam 1931, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion) etwas in den Hintergrund, obwohl Klein, wie z. B. seine Abhandlung im „Ibero-amerikanischen Archiv“ (Januar 1931) zeigt, den in der Kolonialgeschichte berühmten Spruch, nach dem es jenseits der Linie keine Sünde und keinen Frieden gibt, sehr gut kennt. In seinem prächtigen und besonnenen Buche war es ihm weniger um den innern Wert des europäischen Vordringens als um eine Schilderung der äußern Erdbezwingung zu tun, die den unruhigen Geist des Europäers durch alle Jahrhunderte über Länder und Meere gelockt hat.

Von friedlicher Ausdehnung und Sicherung nationalen Lebens zeugt der Jahresbericht des „Deutschen Auslandsinstituts“ in Stuttgart. Es besitzt für seine Zwecke eine ausgewählte Bibliothek von 43 500 Bänden, mit 1610 laufenden Zeitschriften und Zeitungen und mit einer auf 31 000 Titel angewachsenen Gesamtbibliographie des Auslandsdeutschtums. An die tausend Vorträge wurden gehalten, weit über 40 000 Lichtbilder verliehen und mehr als 35 000 gemeinnützige Auskünfte erteilt. Die Ausgabe wissenschaftlicher und volkstümlicher Schriftenreihen ging rüstig voran. All das geschieht im Dienste des ganzen über die Erde zerstreuten Deutschtums, zur Pflege seiner lebendigen Verbindung mit der Heimat, zur Hebung seiner kulturschöpfenden Kraft.

In die Kenntnis aller charakteristischen Lebensäußerungen des deutschen Volkes von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart führt nun für wissenschaftliche wie für praktische Zwecke am zuverlässigsten das „Sachwörterbuch der Deutschkunde“ ein, das nach langwierigen Vorbereitungen Walther Hoffstaetter und Ulrich Peters mit Unterstützung der Deutschen Akademie herausgegeben haben (Leipzig 1930, Teubner). In den zwei mächtigen Bänden, deren Stoff durch ein sorgfältiges Register bis ins einzelne bequem erschließbar ist, wird man nicht viel von dem vermissen, was als Leistung oder als Aufgabe auf irgend einem Kulturgebiete für die Gestaltung des deutschen Menschen im guten wie im schlimmen Sinne entscheidend gewesen ist. Weil Vertreter verschiedener Weltanschauungen mitgearbeitet haben, ist auch in dem vielen, was die Deutschen entzweit, ein hohes Maß von Sachlichkeit erreicht worden.

Eine der bedenklichsten Folgen des Tiefstandes der Wirtschaft ist die wachsende Neigung zu menschenunwürdiger Gewalttätigkeit. Nach dem vom preussischen Innenministerium herausgegebenen „Wegweiser durch die Polizei, 1931“ mußte im Jahre 1930 die Polizei in Preußen bei 1579 Versammlungen unter freiem Himmel und bei 915 Versammlungen in geschlossenen Räumen gegen Ruhestörer einschreiten, also täglich im Durchschnitt siebenmal! In den Vereinigten Staaten von Nordamerika war die Zahl der Lynchmorde von 155 im Jahre 1892 auf 12 im Jahre 1929 gesunken. Im Jahre 1930 aber wurden 24 Neger gehängt, und Weiße wie Schwarze sahen einen Hauptgrund für diese plötzliche Zunahme in der gesteigerten Erregbarkeit der arbeitslosen Massen. Dagegen hat die bei vielen Rohheitsausbrüchen beteiligte Vereinigung „Ku Klux Klan“, die gegen Neger, Juden und Katholiken gerichtet ist, und der im Jahre 1925 fast neun Millionen Amerikaner angehörten, jetzt nur noch 35 000 Mitglieder.

Die Abneigung gegen farbige Rassen, die in den von Angelsachsen beherrschten Ländern besonders tief wurzelt, ist von den Quäkern in Amerika und Südafrika schon länger durch Gründung von Vereinen gemischter Rasse bekämpft worden. Nun haben die Quäker diese Tätigkeit auch auf England ausgedehnt, wo es farbigen Studenten und Kaufleuten oft begegnet, daß man sie in Privathäusern und selbst in Hotels und Restaurants nicht zuläßt, obgleich ihr Benehmen dazu keinen Anlaß bietet. In Paris ist es anders; jetzt ist sogar der Unterstaatssekretär für die Kolonien ein Neger.

Gegen die immer noch drohende Kriegsgefahr wurde am 9. Januar 1931 in Paris von dem Exekutivauschuß des internationalen Sekretariates der katholischen Parteien eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Wir betonen unseren unerschütterlichen Willen, alle unsere Bemühungen sowohl auf innerpolitischem wie auf internationalem Gebiete darauf zu richten, daß den Extremisten der Weg versperrt und die öffentliche Meinung im Sinne wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit der Völker zur Pflege des Friedens geleitet werde. Wir wollen die Friedenspolitik in Europa und in der Welt nach den durch den Völkerbund begründeten Methoden weiterverfolgen und ausbauen.“ — Erfreulicherweise hat eine Reihe wichtiger Staaten die Genfer Generalakte über die Verpflichtung zu schiedsgerichtlicher Beilegung internationaler Streitigkeiten angenommen.

Auf die Macht der öffentlichen Meinung vertraute auch der englische Außenminister Henderson, als er am 9. Februar 1931 in seiner großen Rede über die A b r ü s t u n g in dem Londoner „Albert Hall“ sagte: „Als alter Politiker erkläre ich: die Regierungen werden das tun, was die Völker verlangen. Wenn die Völker Abrüstung wollen, können sie Abrüstung haben. . . . Ich bitte Sie, über diese Sache nicht nach juristischen und wirtschaftlichen Begriffen zu denken, sondern sie als die größte Frage aufzufassen, vor die unsere Zeit gestellt ist.“ Die sehr angesehene englische Wochenschrift „The Spectator“ (14. Februar 1931) stimmte in einem Leitartikel dieser Auffassung vollständig zu. Jeder wisse aus Erfahrung, daß keine Regierung einer starken öffentlichen Meinung auf die Dauer widerstehen kann, und deshalb gebe es bis zur allgemeinen Abrüstungskonferenz im Februar 1932 keine dringlichere Aufgabe, als „an der Schaffung einer unwiderstehlichen öffentlichen Meinung zu Gunsten der Abrüstung mitzuhelfen“. Natürlich setze man sich durch die Abrüstung der Gefahr aus, eines Tages ohne genügende Verteidigungsmittel einem Friedensbrecher gegenüberzustehen; aber das sei „eine von den mancherlei Gefahren, die uns in einer Welt voller Gefahren umdrängen“. Keine Gefahr könne größer sein als die Wiederkehr des ehemaligen Wettrüstens, das ohne Zweifel von neuem beginne, wenn die in den Friedensverträgen übernommene und von Deutschland bereits erfüllte Pflicht der Abrüstung nicht auch von den andern Völkern erfüllt werde. — Auch der Ausschuß der Internationalen Vereinigung der Völkerbundsgesellschaften hat sich entschieden für Abrüstung ausgesprochen.

Damit aber der allgemeine Friedenswille sich kraftvoll durchsetze, wird es vor allem nötig sein, die Lenker der öffentlichen Meinung, besonders also die Presse, und überhaupt die Verwalter gemeinsamer Angelegenheiten einer viel schärferen öffentlichen Aufsicht zu unterwerfen. Es versteht sich von selber, daß es nicht möglich ist, alle politischen und militärischen Fragen bei offenstehenden Türen zu verhandeln, und daß es nie gelingen wird, alle wichtigen Ämter in Staat und Gemeinde mit Leuten zu besetzen, die auch im Privatleben völlig tadellos sind. Aber nach dem, was wir in den letzten Monaten über geheime Geldgeschäfte in Kreisen des französischen und des tschechoslowakischen Ministeriums, der Newyorker Sittenpolizei und mehrerer deutscher Stadtverwaltungen gelesen haben, nach dem kläglichen Schauspiel von Unfähigkeit und Charakterschwäche, das in den Erinnerungen Clemenceaus oder des Generals Pershing oder des Fürsten Bülow, auch nach Abzug alles Unrichtigen und Zweifel-

haften, so manche Inhaber einflußreicher Stellen aufführen, müssen wir mit größtem Nachdruck immer wieder die Forderung erheben, daß es durch eine wachsame Volksvertretung denen, die öffentliche Angelegenheiten zu entscheiden haben, so schwer wie möglich gemacht werde, aus Mangel an Sachkenntnis oder Gewissenhaftigkeit das Glück der Völker zu verraten. Die Völker können verstehen, daß verschiedene Regierungen den Kampfwert ihrer Rüstungen verschieden beurteilen, aber sie können nicht dulden, daß eine Regierung über Heer oder Flotte tatsächliche Angaben macht, die von einer fremden Regierung und sogar von der Presse des eigenen Landes mit ebenso tatsächlichen Angaben als unglaublich erwiesen werden. Sorgt man nicht für ehrliche Beruhigung der Völker in dieser Lebensfrage, so wird das gegenseitige Mißtrauen alle Friedenswünsche wirkungslos machen, und alle Freude über das Flottenabkommen der großen Seemächte und über die glückliche Anbahnung einer Versöhnung zwischen England und Indien wird umsonst gewesen sein.

III.

Daß die Führung unseres weltlichen Geisteslebens nicht in guten Händen liegt, betont mit Recht der Leipziger Philosoph Hans Driesch in seiner Kritik der zeitgenössischen Philosophie. Seine Schrift „Philosophische Forschungswege. Ratschläge und Warnungen“ (Leipzig 1930) gipfelt in der Feststellung: „Die Philosophie in Deutschland befindet sich seit einigen Jahren in einer kritischen Lage, und zwar in einer gefährlichen Krise; denn wir leben in einer Zeit steigenden philosophischen Interesses und sinkender philosophischer Gewissenhaftigkeit.“ Den Formulierungen der heutigen Philosophen fehle es in bedauerlichem Grade an Klarheit, Kürze und Nüchternheit.

Nicht besser steht es um die Dichtung, selbst in Frankreich, wo doch ihr Kulturwert durch die Begriffsverwirrung unserer trüben Gegenwart längst nicht so verdunkelt worden ist wie bei uns. Der diesjährige Lyrikerpreis der Französischen Akademie konnte nicht vergeben werden, und doch lautete das gestellte Thema: „Die Jugend“. Bei der Verteilung der Literaturpreise am 4. Dezember 1930 sagte der Berichterstatter René Doumic in seiner Eröffnungsrede, die eingesandten Gedichte hätten statt jugendlich unmittelbaren und feurigen Lebens alle Kennzeichen papierener Mache getragen. Damit stimmt überein, daß in dem preisgekrönten Buche „L'esprit de la littérature moderne“ von André Berge das Bild der heutigen Dichtung aus lauter alten Zügen aufgebaut wird, obwohl der Bildner selber sehr jung ist. Er findet bei seinen literarischen Jugendgenossen den herkömmlichen Widerwillen gegen ihre Vorgänger, er findet die schon bei den Naturalisten vorgeschriebene Beschränkung auf die Gegenwart und die von den Impressionisten geübte Auflösung der Persönlichkeit in ewig wechselnde Seelenzustände, und er findet endlich eine Lebensmüdigkeit, die von dem Weltschmerz der Romantiker nicht sehr verschieden ist. Nur geht all das rascher vorüber als früher.

Wie nicht selten, wenn ein bedeutender Dichter katholisch wird, ist an ein paar Stellen auch gegen Sigrid Undset der Vorwurf erhoben worden, ihre „Gymnadenia“ und zumal die den Stoff abschließende Fortsetzung „Der brennende Busch“ (Frankfurt 1931, Rütten & Loening) seien mehr katholisch als künstlerisch geschrieben. Natürlich sind ihre Bücher für die Jugend: Das Märchenspiel „Östlich der Sonne und westlich vom Mond“ (Frankfurt 1930, Rütten & Loening) und die beiden Erzählungen „Vilmund Vidutan“ und „Weihnachtsfrieden“ in dem schmutzen Bändchen von Hausens Bücherei (Saarlouis 1931), sehr viel mehr auf Schauen, Staunen und Ahnen gestellt als die gedankenvollen Lebenskämpfe, die in ihrem Gegenwartsromane breit und bunt gestaltet sind. Hier fühlt man allerdings ihr katholisches Herz schlagen, aber der Nichtkatholik Kurt Münzer bestreitet in der von Ernst Heilborn herausgegebenen „Literatur“

(März 1931, 349 f.) sehr entschieden, daß sie eine „nichts als katholische Schriftstellerin“ geworden sei, „eine Propagandistin der römischen Lehre, eine Fanatikerin des Dogmenglaubens“. Münzer behauptet im Gegenteil: „Mit einer geistigen Freiheit und Überlegenheit, wie sie der gläubige Katholik nur selten hat, behandelt sie die große religiöse Frage. Sie ist ohne jeden kleinsten Abbruch auch als Katholikin die Persönlichkeit geblieben, als die sie frühere Werke schuf.“

Vom Theater ist das Agitationsdrama, dessen Spuren bereits in der kritischen Übersicht Rudolf Koeplers (Schauspiel 1929/30, Berlin 1930, Bühnenvolksbundverlag), seltener geworden waren, endlich soweit im Abzug begriffen, daß Hans Knudsen wenigstens für Berlin glaubt feststellen zu können: „Der Artikel Zeittheater ist wegen völligen Mangels an Nachfrage und einsegender Ubelkeit im Publikum bei Nachservierung vom Markt endgültig verschwunden“ (Preussische Jahrbücher, Februar 1931, 224). Auch Kritiker, die früher diese unkünstlerische Verirrung ermutigten, befehlen sich. Als Piscator im Berliner Wallnertheater Friedrich Wolfs Revolutionsdrama „Lai Yang erwacht“ aufführte, schrieb in der „Frankfurter Zeitung“ (18. Januar 1931, Reichsausgabe) Bernhard Diebold: „Piscatormethode ist nicht schon Kunst — kaum Schauspielerkunst. . . . Piscatormethode ist Vorarbeit, ist Stoffentdeckung, ist Typenbildung.“ Und gegen die Verdrängung des Dichters durch den agitationsfreudigen Regisseur sagt Alfred Kerr („Berliner Tageblatt“, Nr. 15, 9. Januar 1931): „Der Dichtersmann — er sei, wie er sei, mit allem Unvollkommenen — ist letztes doch nicht jenes Nullerl, wovon der Probenscherge träumt, sondern, bei hundert Kerzen beisehen, immer noch die wichtigste Person in dieser Sache.“

Im Märzhefte der „Deutschen Rundschau“ wird als Bilanz des Berliner Theaterwinters festgehalten, daß nur die Neuaufführung des älteren Stückes „Der blaue Boll“ von Ernst Barlach im Staatlichen Schauspielhause ein Drama auf die Bühne gebracht habe, mit dem eine Auseinandersetzung sich lohne. Die eigentlich beachtenswerten deutschen Stücke seien außerhalb Berlins aufgeführt worden. So habe jeder Berliner Kritiker, dessen Blatt nicht reich genug sei, ihn zu Uraufführungen nach allen Seiten ins Land reisen zu lassen, seinen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Dramatik verloren. In den „Preussischen Jahrbüchern“ (Februar 1931, 221) äußert sich Hans Knudsen im selben Sinne und fügt sogar hinzu, „eine große Anzahl dramatisch tätig gewesener deutscher Dichter“ habe erklärt, sie wollten nur noch Romane und Novellen schreiben, „weil sie, um mit dem Auslandsangebot und seinen Nichtigkeiten in Konkurrenz zu treten, denn doch zu hoch von sich dächten“.

Wenn „eine große Anzahl“ das so ausgedrückt haben sollte, könnte man sich über diese etwas zu bequeme Selbstbewertung wohl nicht so freuen wie über die praktischen Bemühungen zur Hebung der deutschen Dramatik, die auf Anregung von Max Reinhardt in Wien unternommen werden. Das österreichische Unterrichtsministerium hat dem Dozenten für Literaturgeschichte und Dramaturgie an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Dr. Friedrich Schreyvogel, einen Lehrauftrag für „Bühnenfähige Dichtung“ gegeben. Die Zusammenhänge von Dichtung, Theater und Kritik sollen systematisch erforscht werden, und im Schönbrunner Schloßtheater will man womöglich auch durch Probeaufführungen untersuchen, auf welche Weise die Bühnenwirksamkeit eines Stückes gesteigert werden kann.

Grundsätzlich wichtige Aufklärungen über die Gefahren des Expertisenwesens im Kunsthandel gibt Professor Wilhelm Pinder von der Universität München in der „Frankfurter Zeitung“ (13. Februar 1931, Reichsausgabe). „Wer keine unsachlichen Wünsche hat oder berücksichtigt“, halte es „für unwahrscheinlich, daß ein so hoher Prozentsatz von Werken, wie die Kennererschaft oft anzunehmen scheint, auf die

verhältnismäßig seltenen bekannten Namen und gar auf die größten einzupassen sei“. Der unparteiliche Wissenschaftler schreibe daher ein in Frage stehendes Werk einem dieser großen Meister erst zu allerletzt zu, „nur unter dem Zwange sich stetig verengender Gründe“. Der Kunsthandel aber wünsche im Gegenteil, einen großen Namen so früh wie möglich zu erzwingen, und der Experte, der ja diesen Wunsch des Handels kenne, werde dadurch, auch wenn er nicht durch Geld bestechlich sei, leicht „wissenschaftlich verdorben“. „Der große Name wird ihm aus einer letzten Möglichkeit zu einer ersten Wünschbarkeit. Glaubt man wirklich, daß die geradezu beleidigenden Zuschreibungen, die sich z. B. Gentile und Giovanni Bellini, Pachier, Altdorfer, Dürer (ganz besonders Dürer), Tizian, Greco, Velasquez, Watteau neuerdings gefallen lassen mußten — daß diese Zuschreibungen ohne jene vergiftete Atmosphäre an uns herangetreten wären? Dann nämlich, wenn die Herren ganz ungestört lediglich den Weg ruhiger Forschung gingen, statt ständig von verkaufsdurstigen Händlern umlagert zu sein?“

Es wird also schwerlich zum Vorteil des kaufenden Publikums ausschlagen, daß der Verband des deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels für sein Gebiet das gesamte Expertisenwesen in einem Berliner Kunstauktionshause zentralisiert hat. In Frankreich, wo eine ähnliche Einrichtung schon lange besteht, sind die üblen Folgen nicht ausgeblieben. Und wenn die deutsche Expertenkommission nicht in völliger Unkenntnis über Besitzfragen gehalten wird, sieht man schwer ein, wie sie das Amt, das ihr der Kunsthandel übertragen hat, ganz unparteilich ausüben kann.

Professor Mersmann, Vertreter der Musikwissenschaft an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, beschreibt in der „Deutschen Rundschau“ (Januar 1931, 78) die gegenwärtige Lage der Musik so: „Es fehlen uns augenblicklich die großen musikalischen Sensationen. Die vier oder fünf Komponisten, in denen man die Führer der jungen europäischen Musik sehen kann, scheinen im Zeichen einer Atempause zu stehen.“ Hindemith habe seit langem nichts für seine Entwicklung Bestimmendes geschrieben, Strawinskij lebe „in einem Kreise von Literaten und Ästheten in Paris ... in die Klangwelt des 19. Jahrhunderts zurückgezogen“, Bartók, „der unbestrittene Führer der ungarischen Musik“, sei von der souveränen Meisterschaft seiner beiden Streichquartette in „unpersönlichere Arbeit“ hinabgeglitten. „Die ‚neue Sachlichkeit‘ der ‚Gebrauchsmusik‘ scheint überlebt.“

IV.

Daß auch für die Erforschung der Natur das Einzelwissen durch die Befähigung zur Synthese, mehr als heute bedacht wird, ergänzt werden muß, betont Professor Wilson vom Londoner Institut für Hygiene und Tropenmedizin im „Spectator“ (20. Dezember 1930, 971). In England werde der Fortschritt der Pathologie dadurch gehemmt, daß wenige Forscher zugleich biologisch und chemisch gründlich geschult seien. „Zusammenarbeit kann den Mangel nicht ganz ersetzen, und es darf wohl gesagt werden, daß der englische Charakter sich in diesem Falle nicht besonders gut in sie einfügt. Außerdem gehen die für eine Synthese wichtigsten Gedanken gewöhnlich nicht von einer Gruppe von Leuten aus, die sich verschiedenen Sonderfächern widmen, sondern sie entspringen dem Kopfe eines einzigen Mannes, der imstande ist, sich die Errungenschaften mehrerer Wissensgebiete zu eigen zu machen und sie miteinander zu verbinden.“ — Vgl. diese Zeitschrift März 1931, 425—430.

Geschickerte Nordpolfahrten, die schwere Verluste an Menschenleben, Ehre und Geld verursachen, zwingen begreiflicherweise zu einer genauen Untersuchung der Schuldfrage, deren Klärung ja auch zu besserer Sicherung künftiger Unternehmungen von Wichtigkeit ist. Die unbestreitbar großen Leistungen des italienischen Ge-

nerals Nobile stellt der deutsche Fliegerhauptmann Willy Meyer in seinem Buche „Der Kampf um Nobile“ (Berlin 1930) durch kritische Sammlung und Vergleichung aller Tatsachen fest. Nobile hat schon 1926 mit dem von ihm gebauten und gelenkten Luftschiff „Norge“ 12 550 Kilometer zurückgelegt, davon 5300 im Polargebiet. Das Luftschiff „Italia“ hat Nobile ebenfalls gebaut und 7028 Kilometer über Polargebiet geföhrt. Große Leistung hat hier mit kleinen Mitteln Gewaltiges erreicht. Die Ursache des Unterganges der „Italia“ sei bis heute nicht aufgeklärt, und für eine Schuld Nobiles habe das mangelhafte römische Prozeßverfahren, bei dem weder Verteidigung noch Berufung möglich gewesen sei, keinen Beweis erbracht. Nobile habe sich nur deshalb von dem schwedischen Flieger Lundborg zuerst retten lassen, weil ihm gesagt worden sei, auf dem Eise sei er als Verwundeter lästig, dagegen wünsche man auf dem Italienischen Rettungsdamper „Città di Milano“ seinen Rat für die Suche nach den noch nicht gefundenen Teilnehmern am Nordpolfluge. Aber bei der Ankunft auf der „Città di Milano“ habe der Kapitän des Schiffes jede Mitwirkung Nobiles abgelehnt, und erst dadurch sei der Schein entstanden, der General habe seine Leute verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen; in Wirklichkeit hätte er ihnen helfen wollen. Der tschechische Professor Böhounek, der die Unglücksfahrt mitgemacht hat und in seinem Buche „Sieben Wochen auf der Eisscholle“ für Nobile entschieden eingetreten ist, bestätigt das Urteil des deutschen Hauptmanns durchaus, ist gleich ihm überzeugt, daß der General zu Unrecht degradiert und seiner Pension beraubt worden ist, muß dann aber („Frankfurter Zeitung“, 8. März 1931, Reichsausgabe) traurig hinzufügen: „Vielleicht kommen die offiziellen Kreise zu der Einsicht, daß geirrt und gefehlt wurde, sicher werden sie es aber für einen größeren Fehler halten, den Irrtum einzugestehen.“

Ähnlich schwere Vorwürfe wurden, als man die Leichen des seit dreiunddreißig Jahren verschollenen Nordpolfahrers Andrée und seines Begleiters fand, von den norwegischen Entdeckern wie von dem schwedischen Herausgeber des Tagebuches erhoben. Die Toten lagen leicht gekleidet im Zelte, der Schlafsack neben ihnen, Nahrungsmittel und Brennstoffe waren reichlich vorhanden — also waren die beiden erfroren, weil Andrée seine Pflicht, für warme Bedeckung zu sorgen, grob vernachlässigt hatte. Nun zeigt aber im „Spectator“ (7. Februar 1931) der Nordpolforscher Wihjalmur Stefansson auf Grund eigener Erlebnisse, daß die Katastrophe ganz anders zu erklären ist. In dem fast luftdichten Zelte aus Ballonseide mit angenähertem Boden stand ein noch halb gefüllter Kerosenofen. Bei solchen Ofen entsteht so leicht Kohlendioxyd, daß in den letzten Jahrzehnten fast auf jeder Polarexpedition die Teilnehmer irgend einmal in die Gefahr der Vergiftung geraten sind. Das Gas hat keinen auffallenden Geruch; man fühlt plötzlich einen Druck auf die Schläfen und wird bewußtlos. Stefansson selber hat das vor zwanzig Jahren am Nordpol erlebt und sich und seine Begleiter nur mit genauer Not ins Freie retten können. Also erklärt sich der Befund im Zelte Andrées vollkommen: er und sein Begleiter brauchten in dem gut geheizten Raume keine schwere Kleidung, plötzlich sah einer, daß der andere umfiel, drehte schnell die Flamme des Ofens ab, so daß der Rest des Kerosens übrig blieb, wurde dann aber selber bewußtlos — und der Polarschnee bewahrte Zelt und Leichen jahrzehntelang.

Es geht nicht an, die moderne Technik für solche Unglücke verantwortlich zu machen. Aus dem in Bildschmuck und Tatsachenfülle einzigartigen Werke „Die Technik der Antike und des Mittelalters“ von Franz Maria Feldhaus (Wildpark-Potsdam 1931, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion) kann man sich belehren lassen, daß Porcia, die Gattin des Brutus, sich im Jahre 42 vor Christus aus Verzweiflung über den Selbstmord ihres Mannes durch glühende Kohlen tötete, weil man ihr keine andere Waffe gelassen hatte. Irrtümlich erzählt man, sie habe die Holzkohlen ihres Heizbeckens verschluckt: durchaus nicht, sie atmete die giftigen Gase ein (S. 155). Feldhaus breitet

seine in Fachkreisen längst anerkannte Forschertätigkeit von Jahrzehnten lehrreich und fesselnd aus. In Wanderungen von der Urzeit bis zur Renaissance reiht er die staunenswerten technischen Bemühungen und Erfolge aller Völker aneinander und liefert so den Tatsachenbeweis, daß es ein bevorzugtes „Zeitalter der Erfindungen“ gar nicht gibt (S. 307).

Vereinigung von Natur und Technik auf engem Raume zu einer der denkwürdigsten Stätten menschlichen Geisteslebens ist Athen. Aus allen Resten der Vergangenheit und allen Forschungen der Altertumswissenschaft ersteht es mit bisher wohl nie erreichter Genauigkeit zu neuem Leben in der zweiten Auflage der „Topographie von Athen“ von Walther Judeich, Professor an der Universität Jena (München 1931, Beck). Gewiß ist das Werk zunächst ein Buch zu gelehrtem Studium, aber es wird mit seinen wohlabgewogenen Worten, seinen Plänen und Bildern auch dem nützlich sein, der sich in guten Stunden ein Stück des Griechentraumes seiner Jugend klarer gestalten will.

Denn so wenig wir der Welt der Technik entfliehen wollen, so wenig dürfen wir in ihr ruhen. Wir müssen uns immer wieder von ihr losreißen, um nicht immer wieder von ihr mitgerissen zu werden — in die kulturlose Zukunft, die Georges Duhamel in seinen „Scènes de la vie future“ schildert, „wo die Persönlichkeit ausgelöscht wird, die gesellschaftlichen Schichten dünn und gleichförmig sind, die natürlichen Gruppen zu geschlossenen Ringen von Spezialisten werden, und alle sich dem dunkeln Zwang jener Macht beugen, die Maeterlinck den Geist des Bienenstockes oder des Ameisenhaufens nennt“.

Jakob Overmans S. J.